

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. Mai 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Tobesausgaben 20 Pf. die fünfgehaltene Zeile; Anzeig., Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenausgaben 80 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 60

### Rückblick auf die Verhandlungen des Tarifausschusses

#### III. Die Auseinandersetzungen im Plenum

Aus dem schon in Nr. 56 des „Korr.“ veröffentlichten offiziellen Vorbericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses haben unsere Leser zweifellos schon einen deutlichen Begriff von dem hartnäckigen Ringen der Gehilfenvertreter um eine Verringerung der wirtschaftlichen Not der Gehilfenerschaft erhalten. Wer dann das in Nr. 58 abgedruckte ausführliche Beschlusprotokoll noch genau durchstudiert hat, der wird die letzte Abergewinnung gewonnen haben, daß die Vertreter beider Tarifkontrahenten das Menschlichste getan haben, um die Interessen ihrer Mandatgeber zu verdeutlichen. Anders als in großen Volksversammlungen, wo es sich gar trefflich mit Worten und Stimmungen streiten läßt, geht es im Plenum des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker zu.

Wohl bietet das Gebäude der Tarifgemeinschaft eine verhältnismäßig immer noch sichere Grundlage für Vereinbarungen sozialer und wirtschaftlicher Natur, aber die sprunghafte revolutionäre Entwicklung und Veränderung der Wirtschaftsordnung hat die Möglichkeit außerordentlich kompliziert. Jahrzehntelange gewerbliche Ordnung hat feste Fundamente, die nicht von heute auf morgen durch andre ersetzt werden können. Es ist etwas anderes, wenn bisher unregelmäßige Erwerbsverhältnisse sich dem Geiste der neuen Zeit unterwerfen müssen, als wenn eine festgelegte soziale Lohn- und Arbeitsgemeinschaft allen Sills sich ganz neuen geistigen und wirtschaftlichen Verhältnissen unterordnen oder anpassen soll. Da zeigt sich das, was Mephisto im „Faust“ mit den Worten: „Es erben sich Weib und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort“ andeuten wollte. Alles tarifliche Gesetz und Recht war für die Prinzipalvertreter eine fast unerschöpfliche Waffenkammer. Die römisch-juristische Schulung ihrer meisten Vertreter ließ sie trefflich mit „grundfäßlichen“, durch den Wortlaut des Tarifs gebundenen Argumenten streiten. Und mehr als einmal hatte Schreiber dieses das Gefühl, daß einzelnen Charakterköpfe auf Prinzipalsseite nur noch die Perücken fehlten, und ein streitbares Kollegium von Anno dazumal wäre auch bildlich nicht nur geistig fertig gewesen.

Immer und immer wieder wurde die „nächste Tarifrevision“ als einzige und sicherste Rettung vor dem „Abendlicher Neuerung“ ins Feld geführt. Sie allein sollte den Wünschen der Gehilfenerschaft weitgehendste Erfüllung auf gesetzmäßigem Wege bringen. Zeit gewonnen, alles gewonnen, schien die Parole zu sein, mit der die Prinzipalvertreter die kostbare Zeit der Verhandlungen von Stunde zu Stunde in die Länge zogen und dem toten Punkte zustrebten, wo auch die Gehilfenvertreter jede Hoffnung auf eine Verständigung aufgeben mußten. Alle ihre eindringlichsten und unbestreitbaren Nachweise über die fortgesetzte Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfenerschaft seit der Unhaltbarkeit einzelner Tarifbestimmungen gegenüber den Zeitverhältnissen, alle ihre Hinweise auf die Besserstellung der übergroßen Mehrzahl der übrigen Arbeiterschaft gegenüber den Buchdruckern verhallten wirkungslos; auch wenn sie mit Einzelsatzungen hätten reden können. Die Prinzipale blieben fest auf ihrem minimalen Angebote von 8 bis 12 Mk. unter Anrechnung schon gewählter neuer Steuerungsulagen, Ausschaltung der besetzten Gebiete, Ablehnung jeder Arbeitszeitveränderung und stark verkaufteiler geringer Zugeständnisse in der Ferienfrage. Wir wollen der breiteren Öffentlichkeit den Genuß einer detaillierten Schilderung des Verlaufes dieser rhetorischen Kämpfe ersparen. Das Ansehen des Buchdruckergewerbes wird durch ein Schweigen darüber besser gewahrt. Es war ein beschämendes Gefühl, um Wenigste, ein kleinliches Rechten um paragrafenhangere Formalitäten und „Grundfäßlichkeiten“, das die Geduld und Friedensliebe der Gehilfenvertreter auf eine fast übermenschliche Probe stellte, schließlich aber

doch auch zum Reiben brachte und am Abende des dritten Verhandlungstages für sie ein „Bis hierher und nicht weiter!“ zum kategorischen Imperativ werden ließ.

Was nun? Die Prinzipalvertreter schienen der Ansicht zu huldigen, daß sie durch eine alsbaldige Stellungnahme der Prinzipalität in ihren Streitsversammlungen zu Beschlüssen kommen könnten, die einer Erhaltung der gewerblichen „Ruhe und Ordnung“ dienlich sein dürften. Die Gehilfenvertreter waren sich jedoch ohne weiteres darüber klar, daß ein resultatloser Abbruch der Verhandlungen des Tarifausschusses wie ein Feuerzeichen durch alle deutschen Gauen züchten und den sofortigen wilden Kampf zur Durchsetzung der Gehilfenforderungen auslösen lassen würde. Die Prinzipalität wurde darüber nicht im Zweifel gelassen. In dieser Situation griff dann Kollege Schliebs ein und zeigte dem Plenum die Anrufung des Reichsarbeitsamts als Vermittlungsinstanz als die einzig noch mögliche Lösung. Hierauf ergab sich die zweifellos interessante Sachlage, daß keine der Parteien diejenige sein mochte, die die Vermittlung der Regierung als erste anrufen wollte. Die Beweggründe der Prinzipalität für diese reservierte Haltung waren nicht ganz klar, während die Gehilfenvertreter nach gewissen offiziellen Äußerungen von Regierungsvertretern in der letzten Zeit die Befürchtung hegten, daß die Absicht einer Inangriffnahme des Lohnabbaues auf diesem Wege bei den Buchdruckern zuerst versucht werden könnte. Wenn sie aber trotz dieser Befürchtung schließlich doch keine Bedenken hegten, diesen letzten Vermittlungsweg mitzugehen, wenn er vom Tarifamt eingeleitet werde, so in erster Linie deshalb, weil sowohl die gegenwärtige Entlohnung der Buchdrucker sowie deren unzulängliche Steigerung in den beiden letzten Jahren im Verhältnis zu der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands zu minimal war, um an den Buchdruckern derartige Abbauperfuche mit einem Scheitern von Berechtigung riskieren zu können. Immerhin, mit alzu großem Vertrauen sahen die Gehilfenvertreter der vorgeschlagenen Vermittlung durch das Reichsarbeitsamt nicht entgegen. Lediglich das Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit für den Ausbruch des gewerblichen Krieges in der letzten doppelt schweren Zeit ließ sie auch dieses letzte Mittel zu einer friedlichen Verständigung nicht unbedingt ablehnen.

#### IV. Die Vermittlung der Reichsregierung

So ist es denn gekommen, daß zum ersten Male seit 23 Jahren, eine Verständigung über die wichtigsten Fragen im Schoße der obersten tarifrechtlichen Instanz nicht mehr möglich war. Die Anrufung des Demobilmachungsamts im Dezember v. J. kann nicht mit dem jetzigen Vorgang in Vergleich gestellt werden; denn jene war die Folge eines gemeinsamen Beschlusses beider Parteien und sollte nur die gegen Ende der vorausgegangenen Verhandlungen eingetretene Beschlusunfähigkeit erleben. Typisch bleibt aber für das jetzige erstmalige Eingreifen der Reichsregierung in die Tarifgemeinschaft des deutschen Buchdruckergewerbes die Tatsache, daß auch dieser Versuch zunächst zu keinem befriedigenden Resultat führte. Es blieb noch einem unparteiischen Schiedsgerichte vorbehalten, das schwierige Problem zu lösen.

Herr Regierungsrat Dr. Hausmann, dem zunächst die recht unerquickliche Aufgabe zufiel, im Auftrage des Reichsarbeitsministers zwei „bis an die Zähne bewaffnete“, d. h. mit gegenseitigen geistigen Abwehr- und Angriffsmitteln wohlaustrüstete feindliche Parteien unter einen Hut zu bringen, dürfte zweifellos ein sehr gewiegter Jurist sein, aber ein unparteiischer Vermittler war er nicht. Das war das einstimmige Urteil der Gehilfenpartei am Abende nach dem ersten Verhandlungstag im Reichsarbeitsministerium. Er stellte ab und zu so merkwürdig verwunderliche Fragen an die Gehilfenpartei, daß sie von einem Parteivertreter der Prinzipalinteressen auch nicht besser hätten beantwortet werden können. Dieses Frage- und Antwortspiel wäre, wenn auch nicht gerade besonders geistreich, noch zu ertragen gewesen, wenn es sich auch nach der Prinzipalsseite entwickelt hätte. Aber davon merkten

die Gehilfenvertreter nicht das geringste. So war es denn auch kein Wunder, daß nach mehrstündigem Waffengange die Prinzipalvertreter in der Frage der Steuerungsulage nur noch zugeknöpft wurden und leblich in der Ferienfrage nicht ganz den eisernen Vorhang zwischen die Parteien schoben. Und das Finale dieses Vermittlungsversuchs der Reichsregierung am Abende des vierten Verhandlungstages war ein solches, daß verschiedene Gehilfenvertreter reiner Provinzgaue in recht deutlicher Weise zu verstehen gaben, daß sie einer solchen Hartböhrigkeit auf Prinzipalsseite gegenüber kein Verständnis mehr entgegenbringen können und lieber die Dinge ihren Gang gehen lassen möchten, als dieses traurige Spiel noch länger mitzumachen. Zwar hatte sich auch der Herr Regierungsrat an der Hand der geradezu klassischen Schilderungen von Soll und Haben der Gehilfenchaft durch die Vertreter beider Gehilfenorganisationen allmählich davon überzeugt, daß seit Februar d. J. ganz außerordentliche Veränderungen auf dem Gebiete der Unterhaltskosten eingetreten seien und die Gehilfenvertreter mit ihren diesbezüglichen Forderungen der Wirklichkeit wesentlich näher waren als die Prinzipalvertreter mit ihren bezweifelnden Einwendungen; aber die Situation war doch so verfahren, daß eine Fortsetzung der Debatte zwecklos erschien. Eine Vertagung der Aussprache auf den nächsten Tag zeigte sich daher als der beste Ausweg, der sowohl dem Verhandlungsleiter wie den Parteien nicht unwillkommen war. Die letzte Hoffnung war ein Zeitgewinn zu ruhiger Überlegung, nicht nur für die Gehilfenvertreter, sondern noch viel mehr für den Beauftragten der Reichsregierung, dem es schließlich schwer fiel, aus diesem verworrenen Holz einen Ausweg zu finden. Leider brachte aber auch der andre Tag keine Lösung, obwohl der Herr Regierungsrat sich die größte Mühe gab, im Streits einer kleineren Kommission die Gegenstände doch noch auszugleichen. Als auch dieses nach mehrstündigen Verhandlungen vergebens war, machte er selbst einen Vermittlungsvorschlag, der eine stufenweise Steuerungsulage von 12, 15, 18 und 20 Mk. (letztere aber nur für große Zeitungsbetriebe) vorsah. Die Prinzipale lehnten diesen Vorschlag ab, während die Gehilfen ihn nicht ohne weiteres ablehnten, sondern ihn als eine Brücke zu weiteren Verhandlungen bezeichneten, und zwar unter der Voraussetzung, daß dabei auch die übrigen Punkte der Tagesordnung noch berücksichtigt werden. In diesem Moment sprach dann Herr Wikenstein die schon in voriger Nummer beleuchteten entscheidenden Worte: Nein, dann lieber einen Schiedsrichter!

Damit mußte der erste Akt eines Vermittlungsversuchs der Reichsregierung als gescheitert betrachtet werden. Ein zweiter Versuch, der dann in seinen juristischen Einzelheiten und seiner Tragweite kurz erörtert und von dem Herrn Regierungsrat durch entsprechende Information des Reichsarbeitsministers über den kritischen Stand der Dinge eingeleitet wurde, führte zu einem besseren Ende. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Herr Regierungsrat das Mißlingen seiner Mission allein verschuldet habe. Er gab sich schließlich die größte Mühe und wandte seinen ganzen Scharfsinn auf, um eine bessere Lösung zu finden. Aber er war ein Mann der alten Schule und sicherlich auch nicht ganz frei von besonderen Sympathien für sogenannte privatkapitalistische Ideologien. Er hatte also nicht nur mit einem jähem Widerstreit äußerer Interessen zu kämpfen, sondern auch noch innere Hemmungen zu überwinden. In gutem Willen fehlte es dem Herrn sicherlich nicht, aber ein tieferer Einblick in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Neuzeit schien doch zu fehlen. Daß dies nicht unbedingt so sein muß, zeigte der Verlauf und das Ende der drei Tage nachher stattfindenden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschusse des Reichsarbeitsministeriums.

#### V. Vor dem Schlichtungsausschusse

Der unter solchen ungeliebten Verhältnissen angerufene Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums trat am 21. Mai, vormittags 9 Uhr, im großen Saale im „Vereins Hause der Deutschen Ingenieure“ zusammen. Die Parteien waren nur noch als kleinere Kommission ver-

treten. Auf Geßlenseite waren es die Kollegen Selb, Brahmman, Rassin, Albracht, König, Slein, Schaeffer und vom Gutenber, Kunde Tressler. Auf Prinzipalsseite die Herren Dr. Petersmann, Dr. Alinhardt, Dr. Goeltes, Alstlein, Friedrich (Breslau), Wulf, Wolf, Wiers und Weppe; außerdem hatten die Prinzipalsvertreter noch ein drittel Duzend Sachverständige mitgebracht, die die Interessen des Büchsenvereins, des Verlagsbuchhandels, der Zeitungsverleger und der Fachpresse schützen sollten. Bei einer im Verlaufe der Verhandlungen später einsehenden Aussprache über die Zulassung dieser requirierten „Sachverständigen“ bestritten die Geßlenseite die Notwendigkeit dieser „Sachverständigen“, weil die Prinzipalsvertreter selbst genügend Sachverständige unter sich hatten und die erschienenen weiteren Herren lediglich als Parteinteressenten zu beurteilen wären, deren Zulassung zur Voraussetzung haben müßte, daß auch die Geßlenseite noch weitere Vertreter ihrer Interessen zuziehen, worauf sie aber verzichteten, weil sie der Auffassung waren, daß sie selbst in der Lage seien, die Interessen der Geßlenseite ausreichend zu vertreten. Der Schlichtungsausschuss lehnte dann auch nach kurzer Sonderberatung die Anhörung der „Sachverständigen“ auf Prinzipalsseite zunächst ab und hatte auch später keine Veranlassung mehr, noch einmal darauf einzugehen. Der Schlichtungsausschuss stand unter dem Vorherrsche des Herrn Landgerichtsrats Wulf und zählte als Vorgesitzter von Unterehemerseite die Herren Dr. Braumüller, Somblius des Strelles Felsow, Kommerzialrat R. Haberland und den Kommerzialrat Friedrichs, von Arbeiterseite die Gewerkschaftslehrer Kötter, Ritter und Schulze. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Herr Landgerichtsrat Wulf, zeigte von vornherein in der ganzen Arbeit seiner Geschäftsführung eine autoritative unparteiliche Ruhe und Sachlichkeit, die den ganzen Verhandlungen einen äußerst korrekten und vertrauensverweckenden Charakter gaben. Mit besonderem Geschick wußte er Nebenächlichkeiten in der Diskussion auszuschleichen und das Wichtigste in den Vordergrund zu stellen. Auch die Vorgesitzten zeigten sich beiderseits in ihrer ständigen kurzen Fragestellung auf der Höhe der Situation.

In solchem Rahmen wurde denn auch dieser dritte Wahlgang von den Tarifparteien mit außerordentlicher Gründlichkeit in nahezu fünfständiger Redehempe durchgefochten. Zunächst wurde die Frage der Arbeitszeitverlängerung erörtert. Die Geßlenseite forderten die 46stündige Wochenarbeitszeit, und zwar unter besonderem Hinweis darauf, daß in vielen gewerblichen größeren Betrieben andere graphische Arbeitergruppen schon seit längerer Zeit die 46-Stunden-Woche haben und infolgedessen die Buchdrucker schlechter gestellt seien; auch sei schon früher für den Sonnabend eine kürzere Arbeitszeit auch für die Buchdrucker tariflich zulässig gewesen. Demgegenüber blieben die Prinzipale auf einem entschiedenen ablehnenden Standpunkt; sie bezeichneten diese Forderung als unter allen Umständen unannehmbar und verließen sich im übrigen darauf, daß die Forderung eine grundsätzliche Abänderung des Tarifs bedeute, die nur bei einer regelrechten Tarifrevision vorgenommen werden könnte. Bezüglich der 46stündigen Arbeitszeit der Buchbinder sei auch zu berücksichtigen, daß in diesem Gewerbe meist Akkordarbeit vorhanden sei, infolgedessen die kürzere Arbeitszeit ja auf Kosten der Arbeiter gebe. Demgegenüber stellen die Geßlenseite fest, daß auch die Lithographen und Steindrucker heute schon zum großen Teil eine kürzere Arbeitszeit als die Buchdrucker hätten, außerdem die große Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe, die gegenwärtig noch 10 Proz. betrage, eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit vollumfänglich rechtfertige. Die Arbeitsintensität durch fortwährende Schnellkäufe wurde gleichfalls für diese Forderung geßlenseitig ins Feld geführt und mit ausführlichem statistischen Material der mangelhafte Gesundheitszustand sowie die große Sterblichkeit der Buchdrucker im Verhältnis zu anderen Arbeiterkategorien in die Waagschale geworfen. Diese sehr deutlichen und umfangreichen Feststellungen führte die Prinzipalsvertreter zu einem Einlenken in der Ferienfrage, in der sie mit sich reden lassen wollten, während eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit für sie unter den heutigen Verhältnissen einfach undiskutabel bleibe. Die nun einsehende Diskussion über die Ferienfrage war ebenfalls sehr lebhaft und umfangreich. Die Geßlenseite wies darauf hin, daß in der Ferienfrage ein nicht unerheblicher Teil der Prinzipale ihren Geßlen schon längst zum Teil sehr vorbildliche Entgegenkommen bewiesen habe, und daß es sich hier nicht um eine völlige Neubefragung der meisten Betriebe handle, wenn jetzt die Frage des Erholungsurlaubes tariflich geregelt werde. Außerdem häme in Betracht, daß die Zeit der Ferien im Buchdruckgewerbe in die sogenannte tote Saison falle, da in den Monaten Mai bis September nach alter Erfahrung im Buchdruckgewerbe flauer Geschäftsgang herrsche.

Da von Prinzipalsseite diese Argumente nicht wesentlich entkräftet werden konnten, so führte der Vorsitzende die Verhandlungen allmählich auf den wichtigsten Punkt: die Gewährung neuer Feuerungszulagen. Wie in den vorausgegangenen Tagen wurden auch hier wieder

die Wassen in schärfster Weise in Kundenlanger Auseinandersetzung gekrazt. Noch einmal erhoben die Geßlenseite Vertreter mit aller Deutlichkeit ihre Forderung vom ersten Tage, die mit 35 Mk. wöchentlich Feuerungszulage annehmend dem entspräche, was unter dem Begriff einer außerordentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der Geßlenseite in den letzten Wochen einen Ausgleich bringen könnte. Es wurde darauf hingewiesen, wie das langsame Ansteigen der Buchdruckerlöhne infolge der unsozialen Zurückhaltung der Prinzipalsseite viele Buchdrucker nach und nach schlechter stellten als viele andere Arbeiter, infolgedessen auch die Notlage der Geßlenseite mit der Zeit immer schlimmer geworden ist und wohl eher über mit Naturnotwendigkeit zu einer impulsiven Durchbrechung der tariflichen Ordnung an vielen Orten geführt hat. Eine allernmögliche Kostenrechnung der notwendigen Lebensbedürfnisse, die ein erhebliches Defizit für eine vierköpfige Familie ergab, wurde den Prinzipalsvertretern zur Nachprüfung überreicht, und zwar mit dem Ersuchen, sie möchten ihrerseits nachprüfen und kundgeben, wie sie sich die Lebenshaltung einer Buchdruckerfamilie unter solch schwierigen Verhältnissen vorstellen. Darauf blieben die Prinzipalsvertreter eine offene Antwort schuldig. Ihre Einwände bewegten sich auf einem andern Gebiete. Sie schilderten mit beredten Worten die Unmöglichkeit einer neuen Befestigung des Gewerbes unter besonderem Hinweis auf die allgemeinen ungünstigen Selbstverhältnisse für das Buchdruckgewerbe, das als „Kurzgewerbe“ im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft sehr kleinstmütlich behandelt werde. Zum Beweise dafür wollten sie die anwendenden „Sachverständigen“ aufmarschieren lassen, was jedoch, wie schon eingangs erwähnt, auf Protest der Geßlenseite vom Schlichtungsausschuss als überflüssig bezehnet wurde, da sich die Schlichter aus den vorgebrachten Darlegungen der Parteien selbst ein genügend klares Urteil bilden konnten. Der Fortgang der Verhandlungen zeigte dann auch, daß die Prinzipalsvertreter recht wohl imstande waren, ihren Standpunkt des „Unannehmbar“ den Geßlenseiteforderungen gegenüber sehr temperamentvoll zu vertreten. Herr Dr. Alinhardt glaubte sogar „Leistungen“ zu können, daß die ja immer noch zutage tretende Erstarrung der Geßlenseite die vorher übergebene Preisrechnung überlege und ein geistiger Wohlstand auch bei der Arbeiterklasse unverkennbar sei. Es ist in Deutschland genug Geld vorhanden!

So wogte der Kampf beinahe fünf Stunden lang hin und her, bis schließlich der Vorsitzende das Fazit zog, daß eine Einigung der Parteien unter sich ausgeschlossen schme und ein Schiedspruch gefällt werden müsse, da die Reichsregierung unter den heutigen Verhältnissen einen Kampf im Buchdruckgewerbe unter allen Umständen zu verbieten suchen müßte. Die Parteien wurden ersucht, ihre endgültigen Vorschläge dem Schlichtungsausschuss schriftlich zu übergeben, was nach kurzer Zeit geschehen war. Hierauf verließen die Parteien das Verhandlungslokal und harrten in den antostehenden Vorräumen des Urteils oder vielmehr des Schiedspruchs, der in langen zwei Stunden vom Schlichtungsausschuss ausgearbeitet und von ihm einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Der Schiedspruch ist den Lesern des „Korr.“ schon dreimal wörtlich zur Kenntnis gebracht worden, zuletzt in voriger Nummer (59) als offizielle Bekanntmachung des Tarifamts. Seine mündliche Verlesung vor den Tarifparteien in der fünften Nachmittagsstunde des 21. Mai war ein feierlicher Akt, dessen Endergebnis das Gewerbe zweifellos vor einem schweren Kampfe bewahrt, wenn auch dadurch die berechtigten Forderungen der Geßlenseite nur bedingt erfüllt werden. Von den Geßlenseitevertretern wurde der Schiedspruch am 24. Mai nach reichlicher Überlegung mit folgender schriftlicher Erklärung an das Reichsarbeitsministerium für die Geßlenseite als verbindlich anerkannt:

Die unterzeichneten Organisations- und Tarifkreisvertreter der deutschen Buchdruckergeßlenseite geben dem Reichsarbeitsamt nachstehend die Erklärung ab, daß sie unter Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Selbstverhältnisse und angesichts der Einknistmigkeit des gefällten Urteils ihre weitergehenden Wünsche und Forderungen zurückstellen und den am 21. Mai 1919 ergangenen Schiedspruch für die Geßlenseite des deutschen Buchdruckgewerbes als verbindlich anerkennen. Berlin, den 24. Mai 1919.

Die in voriger Nummer veröffentlichte Bekanntmachung des Verbandsvorstandes „An unsere Mitglieder!“ gibt der Kollegenschaft einen prinzipiellen Untergrund für die Beurteilung der ganzen Sachlage. Aus innerer Überzeugung schließen wir uns dieser Erklärung und offiziellen Kundgebung an. (Schluß folgt.)

### □ Aus dem Genossenschaftsleben □

Anziehungskraft und Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung während der Kriegszeit

Die Zahl der Genossenschaften, die sich auf 18 Arten verteilen, ist von 34579 am 1. Januar 1914 auf 37284 am 1. Januar 1918 gewachsen, wobei die Handwerker-genoss-

schaften den Löwenanteil des Wachstums buchen können, während die Konsumvereine der Zahl nach einen Rückgang von 2340 auf 2277 zu verzeichnen haben. Allerdings einen „Rückgang“, der durch die fortschreitende Verschmelzung mehrerer Vereine zu einem größeren Wirtschaftskörper eine Steigerung der Leistungsfähigkeit bedeutet und insbesondere in der Steigerung der Mitgliederzahl von 2300000 Familien auf 2900000 seine richtige Wertung findet. Auf 1. Januar 1919 dürfte die dritte Million konsumgenossenschaftlich organisierter Familien überschritten worden sein! Die Familie im Durchschnitt zu vier Köpfen berechnet — in Preussenszeiten ergab die Bevölkerungsstatistik  $\frac{4}{3}$  Köpfe auf die Familie — ergibt sich ein Vergrößerungskreis von 12 Millionen = 20 Proz. der Einwohner Deutschlands, auf welchen sich das Tätigkeitsgebiet der Konsumvereine erstreckt.

Der Warenumsatz ist von 657103100 Mk. (1. Januar 1914) auf 804663000 Mk. (1. Januar 1918) gestiegen, worin eine Eigenproduktion von 123197200 Mk. bzw. 182453500 Mk. enthalten ist. Die Steigerung des Warenumsatzes und der Eigenproduktion dürfte wohl in der Hauptsache auf Preissteigerungen zurückzuführen sein, denn die Rationalisierung ist sich mit einer weitgehenden Ausschaltung der Warenverteilung auf wichtigen Gebieten der Lebensmittelversorgung mühen naturgemäß, wenn auch widerwilligermesse, durch einen Rückgang des Warenumsatzes quillert werden. Die Warenbestände betragen 74062300 Mk. bzw. 81533500 Mk., was unter Berücksichtigung der Preissteigerungen zeigt, daß die Warenlager der Konsumvereine stark gelichtet sind. Immerhin ist in Betracht zu ziehen, daß an den Warenbeständen in jedem Kriegsjahre sehr starke Abschreibungen gemacht worden sind, um die Zeit der Übergangswirtschaft etwas besondere Gefahr ertragen zu können. Der Wert des Grundbesitzes ist von 116883700 Mk. auf 137004700 Mk. gestiegen, die Geschäftsausgaben der Mitglieder von 43419400 Mk. auf 53974800 Mk., wogegen die Erübrigung von 37409500 Mk. auf 36890900 Mk. zurückgegangen ist. Da der Warenumsatz um nahezu 148 Mill. Mk. zugenommen hat und der Geldwert gewaltig gestiegen ist, so muß der Rückgang der Erübrigung als ein empfindlicher angesehen werden. Es drückt sich darin u. a. die starke Belastung der Vereine in den Ausgaben für Gehälter und Löhne (Feuerungszulagen) aus, welcher fast keine Ausgleichtsmöglichkeit gegenüberstand, da unter der Herrschaft der Kriegswirtschaft jede normale geschäftliche Disposition und Aktion unterbunden war und leider immer noch ist.

### Die Entwicklung der russischen Genossenschaftsbewegung

Eine Gegenüberstellung mit der russischen Genossenschaftsbewegung — insbesondere der Konsumvereine — während des Krieges dürfte von Interesse sein. Die russische Genossenschaftsbewegung zählte im Jahre 1914 31050 Genossenschaften aller Art, 1917 aber 47287, wobei das Wachstum der Konsumvereine von 10080 auf 20000 Genossenschaften hervorragt. Die letztere Zahl steht, wie das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt, dem dies entnommen ist, in der Tat einzig da. Frankreich zählte 3158 Konsumvereine, Italien 2570, Deutschland 2277, Dänemark 1562, England 1375 und die Schweiz 736. Die Mitgliederzahl der russischen Genossenschaften erreichte 1917 rund 5 Millionen Familien mit 25 Millionen Familienangehörigen — 15 Proz. der Gesamtbevölkerung (Schweiz 56 Proz., Dänemark 35 Proz., England 32 Proz., Deutschland rund 20 Proz.). Als charakteristisches Merkmal der Wirksamkeit auch der russischen Konsumvereine wird verzeichnet, daß bei der Richtung der Warenpreise am jeweiligen Orte sofort um 5—25 Proz. gefallen sind.

Aus der Zahl der Genossenschaften ergibt sich eine sehr starke Zerpfüftung, wobei die Zahl der ins Auge fällt, daß im Jahre 1914 nicht weniger als 80 Proz. derselben auf die Landgemeinden entfielen. In den Städten sind es vornehmlich die Arbeiterkonsumgenossenschaften der großen Fabriken, insbesondere in Petersburg (1914: 30, 1917: 150 Genossenschaften) und Moskau (1914 etwa 25, 1917: 125), welche als Träger der Bewegung gelten müssen.

Was das neue betriebe Russland des Jahres 1917 von den Konsumvereinen erwartete, zeigte sich in einem Auftrage der vorläufigen Regierung (Kerenski) an die Genossenschaften, in dem es u. a. hieß: „Jetzt sind eure Kräfte frei... strengt sie an und rettet das Vaterland... helft der neuen Regierung die Wirtschaft und Verpflegungskrise zu überwinden. Die alten Verpflegungsorgane werden umgestaltet, nehmt an den neuen regsten Anteil... die neue Regierung ist für euch.“ Ein neues Genossenschaftsgesetz gab den Konsumvereinen die Freiheit der geschäftlichen Bewegung, und in der Tat ist der Rest russischen Wirtschaftslebens den Konsumvereinen zu verdanken, die auch von der Sowjetregierung bis vor drei Monaten gänzlich unbeeinträchtigt geblieben sind.

Nun aber scheinen sie unter die „Deheture der Revolution“ genommen zu werden, indem ihre Selbständigkeit allmählich dem Kommunalsozialismus Platz machen muß. In jeder Gemeinde dürfen nur noch zwei Konsumvereine nebeneinander bestehen, was an sich zweifellos als ein großer Fortschritt zu betrachten ist. Das Unglück ist nur, daß die Sowjetregierung eine Klassenunterscheidung getroffen hat, nach der der eine Konsumverein nur aus Arbeitermitgliedern, der andre nur aus „bürgerlichen“ bestehen darf! Eine Stunde wider das marxistische Dogma selbst, nach dem der Sieg des Sozialismus die Aufhebung aller Klassen bedeutet. Auf jedem Fall aber ein schwerer Verlust gegen die genossenschaftliche Entwicklung, die bis jetzt, und während der Kriegsjahre erst recht, keine Klassenunterschiede kannte. Ein ebenso schwerer Verlust gegen die ökonomischen Gesetze der Kräftekonzentration.



## Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland und Konsumvereine

Was in diesem Zusammenhange kurz über die Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland zu sagen wäre, liegt vorläufig am dem der russischen Entwicklung entgegengegesetzten Gebiete. Zwar weist das Rahmengesetz über die Sozialisierung den Gemeinden die Aufgabe der Erzeugung, Beschaffung und Lagerung, Verarbeitung und Vertrieb von Nahrungs- und Genussmitteln der Lebensmittelförderung den Gemeinden zu, aber in der dazu gehörigen Begründung ist gesagt, daß den Konsumantenorganisationen hierdurch ein „weiteres Betätigungsfeld“ zuzufallen. Daraus dürfte hervorgehen, daß die Konsumvereine in Deutschland als Subjekt und nicht als Objekt der Sozialisierung angesehen werden. Grundsätzliches Merkmal ist dabei nur, daß die Regierung der Deutschen Republik wenig nach der Führung der Konsumvereine fragt, wie es die monarchische Regierung getan hat. Auf alle Fälle werden sich die einzelnen Volkswirtschaften und erst recht die Gemeinden mit den Revolutionsverbänden der Konsumvereine und mit diesen selbst einmal richtig zusammenfinden müssen, um mit den Sachverständigen der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen die grundsätzlichen Gesichtspunkte herauszustellen, nach denen ein Zusammenwirken der Gemeinden und Konsumvereine im Sinne des Sozialisierungsgesetzes stattfinden hat, um nützliche Arbeit zu machen. [ ]

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Bremen.** (Bericht über die Versammlungen vom 3. und 10. Mai.) Der in der Versammlung vom 17. April abgeleitete Antrag, in eine örtliche Lohnbewegung einzutreten, wurde in der Versammlung am 3. Mai in der Form wiederum eingebracht, als die Antragsteller eine einmalige Entlohnungssumme verlangten. Der Antrag fand allseitige Unterstützung, um so mehr, als sich schon einige größere Drucker zu Zahlung eines Extrawochenlohns an Verbetratete bereit erklärt hatten. Die Durchführung der Forderung, die auf 200 Mk. für Verbetratete und 150 Mk. für Ledige lautete, wurde dem Vorstand und einer vierköpfigen Kommission übertragen. Zur Tarifauschüttung wurden zwei Resolutionen angenommen, die dem Kreisvertreter überhandt wurden. — In der Versammlung am 10. Mai erstattete Vorsitzender Kurth zunächst Bericht über die Verhandlungen mit den Prinzipalen am 8. Mai wegen Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage. Nach längerer Verhandlung hätten sich die Prinzipale zur Zahlung von 100 Mk. an alle, auch an die ledigen Kollegen, bereit erklärt. Damit sei die Kommission einverstanden gewesen. Außerdem sei vereinbart worden, daß auch den arbeitslosen Kollegen diese Zulage zufließen solle. Die Abmachungen hierfür tragen die Prinzipale und die Gehilfenorganisation je zur Hälfte. Mit diesen Abmachungen erklärte sich die Versammlung einverstanden. Alsdann wurde Stellung genommen zur Frage der Unterbringung der Arbeitslosen. Die Verhandlungen mit den Prinzipalen und der Erwerbslosenfürsorge zeigten schon ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis. Doch wurde die Sache vorläufig zurückgestellt, um die Beschlässe der Tarifauschüttung in dieser Beziehung abzuwarten. Eine Debatte, die sich mit den Vorgesetzten innerhalb des Gewerkschaftskartells beschäftigte, konnte nicht zu Ende geführt und mußte vertagt werden.

**Darmstadt.** Am 11. Mai fand eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung statt. Bezirksvorsitzender Bahler eröffnete diese mit dem Ausdruck der Freude über den guten Verlauf und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Zustand für die Zukunft anhalten möchte. Nicht Neuaufnahmen wurden vollzogen. Die Aussprache über die bevorstehende Tarifauschüttung rief eine lebhafteste öffentliche Debatte hervor. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Schröder (Frankfurt a. M.) über: „Die fachtechnische Weiterbildung und Zweck und Ziele der Deutschen Typographischen Gesellschaften“. Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Vortragenden. Auch im hiesigen Bezirke soll eine Ortsgruppe unfer fachtechnischen Vereinigung in die Wege geleitet werden. Das diesjährige Jahressfest soll in üblicher Form begangen werden. Den Kartellbericht erstattete Kollege Nebe. Für Bildungswecke wurde dem Gewerkschaftskartell ein einmaliger Beitrag von 100 Mk. bewilligt. Dem neugegründeten Ortsverein Pfungstadt wurde zur Stärkung seiner Finanzen ein Beitrag von 25 Mk. zugewilligt. Unter „Verlebtenem“ wurde berichtet, daß in dem von den Franzosen besetzten Druckorte Groß-Gerau noch die neunkündige Arbeitszahl bestehe. Das gleiche gilt auch von dem nichtbesetzten Druckorte Dieburg. In den in diesen Orten beschäftigten Kollegen wird es liegen, baldigst Anlässe zu treffen, damit auch ihnen der Lichtstundentag zufließen wird.

**Erfurt.** (Maschinenbederereinerung Gau-Ostfriesland-Thüringen.) In der Generalversammlung am 11. Mai in Erfurt waren folgende Orte vertreten: Apolda, Eisenach, Erfurt, Gera, Gotha, Jena, Langensalza, Mühlhausen, Naumburg, Rudolstadt, Saalfeld, Weimar und Kahl. Vorsitzender Wilhelm (Eisenach) begrüßte die Erschienenen, ganz besonders die aus dem Meer entlassenen Kollegen, und forderte auf, rege und kräftig wieder mitzuarbeiten an unserm Verbandesleben. Den Jahresbericht erstattete ebenfalls der Vorsitzende und gab u. a. eine Statistik über den Mitgliederstand unserer Vereinigung während der Kriegsjahre bis zum gegenwärtigen Bestande (149). Gestalten sind im abgelaufenen Geschäfts-

jabre vier Mitglieder. Der Kassenbestand ist ein günstiger. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung waren die „Anträge auf Änderung des Tarifs“ zu bezeichnen. Nach reger Debatte gab man schließlich von der Zentralkommission zur Tarifauschüttung gestellten Anträge einstimmig die Zustimmung. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Gesamtverbandes mit dem Vorort Eisenach. Beschlossen wurde u. a., den Monatsbeitrag von 25 Pf. auf 75 Pf. zu erhöhen. Weiter wurde angeregt, die Zentralkommission zu ersuchen, die „Technischen Mitteilungen“ wieder monatlich erscheinen zu lassen. Längere Zeit beschäftigten sich die Versammelten mit der Gasnot, und hierbei wurden die verschiedensten Ersatzmittel in Vorschlag gebracht.

**Leipzig.** (Schiffmeister.) In der am 9. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung bemängelte der Vorsitzende, daß die gebotenen Bildungsmöglichkeiten für die Arbeitslosen nicht die nötige Beachtung fänden, mitbin Kraft- und Kostenverschwendung seien. Der beendete Ausschnidekursus, der in seinem ersten Teile das mechanische Bildergeschichtverahren von Lankes & Schwärzler, im zweiten Teile den Sandaustchnitt behandelte, war deshalb zu gegliedert, um Kriegsbeschädigten Erfindungsleistungen zu schaffen. Die Teilnehmerzahl war gut, trotzdem Kriegsbeschädigte sich nicht gemeldet hatten. Für freundliche Überlassung der Räumlichkeiten seines Technikums dem Herrn Müller, für kostenlose Materialzuführung der Firma Lankes & Schwärzler an dieser Stelle nochmals besten Dank. Einer Anregung folgend, beginnen am 16. Mai Diskussionsabende über Forderungen für den graphischen Normenausschuß. Diese Veranstaltung soll einzelnste Ausführung verbreiten über den Zweck des Normenausschusses, andererseits Anregungen bringen zur nützlichbringenden Verwendung durch den Vertreter im Normenausschuß. Dem Wunsche, durch sachmännischen Naturanschauungsunterricht Bildwerberkündnis zu erwerben und daraus folgenden beruflichen Nutzen zu erzielen, ist entsprochen worden. Dem Zwecke dient eine Fußtour nach dem Westlich. Die neuangelernten Spartenkollegen sind auch in diesem Jahre zusammengerufen worden und nach aufstrebenden Worten über untre Aufgaben der Sparte betreten. In einem Vortrage des Kollegen Ludwig über: „Bieretnhalb Jahre Feldbdruckerei“, gab dieser einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der anfänglich nur dem Nachrichendienst dienenden Feldbdruckerei. Nach seinen Beobachtungen ist in Frankreich der Kleinbetrieb vorherrschend. Die bei uns gewohnten familiären Einrichtungen und sozialen Gesetze sind in Frankreich zum meist nicht vorhanden. Der Export deutscher Druckpressen nach Frankreich ist sehr gering gewesen, denn in der Hauptsache sind französische, englische und italienische Fabriken anzutreffen. Der Stellungskrieg und das steigende Lebensbedürfnis der Truppen begünstigten die Gründung von Feldbdruckereien, deren Kostendeckung erforderte die Ausbreitung des Arbeitsbereichs, was durch Herstellung von Plänen, Städteatlanten, Postkarten und sonstigen Luxusgegenständen erzielt wurde. Die Folge davon war der Ausbau anfänglich primitiver Einrichtungen zum modernen, mit allen technischen Neuerungen versehenen Mittelbetrieb. Das Empfindlichste dabei war die Vergeudung der im Inlande mangelnden Materialen und Arbeitskräfte. Die Daseinsberechtigung der Feldbdruckereien vermehrte der Referent nur insofern anzuerkennen, als diese notwendig waren zur schnellsten Vervielfältigung wichtiger Befehle und Pläne; die weitere Ausdehnung sei aber nur Vergeudung gewesen. In der Diskussion gab ein Kollege aus seiner vorkriegszeitlichen Tätigkeit in Paris und in der französischen Provinz einige interessante Ergänzungen zum Vortrage, die erkennen ließen, daß die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in holländischer und sozialer Hinsicht nicht im entferntesten den deutschen Zuständen gleichen. Der dritte Punkt, „Verlebtenem“, zeitigte eine Debatte über Bezahlung der Schichtzuschläge und jegliche Löhne an Spezialmaschinen. Von allen Rednern wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine baldige Reform der Schichtzuschläge unerlässlich sei. Desgleichen wurde der erstmaligen Staffellung der Teuerungszulagen gedacht, welche nur ein Schaden für die Entlohnung der Spezialkräfte geworden ist. Allgemein wurde gegenüber dem Streben nach technischer Weiterbildung die Notwendigkeit betont, daß auf Prinzipalseite die künftige Anerkennung dafür nicht ausbleibe. Nach ermahnen Worten zur Mitarbeit schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Leipzig.** (Schiffmeister.) Nachdem sich zwei Versammlungen am 14. und 24. April mit der Antwort bzw. den Zugeständnissen der Prinzipale betrefis der Eingabe der Gehilfen auf Erhöhung der Teuerungszulagen befaßt hatten, gab die Versammlung am 8. Mai nunmehr ihre Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen. Vom 25. April ab tritt unter Fortzahlung der bisherigen Teuerungszulagen für alle im gewissen Gelde stehenden Gehilfen ein wöchentlich Teuerungszuschlag von 12 Mk. ein. Die im Berechnen arbeitenden Gehilfen erhalten bei einem Verdienste von wöchentlich bis 39,99 Mk. 125 Proz., bei 40—49,99 Mk. 110 Proz., und bei 50 Mk. und mehr 100 Proz. Zuschlag auf den jetzigen Tarif. Die bisher gezahlten Kinderzulagen bleiben bestehen. Für die Arbeiterinnen wurde ein 20prozentiger Zuschlag vereinbart, doch braucht der Lohn 40 Mk. wöchentlich nicht zu übersteigen. Diese Abmachungen haben Gültigkeit bis 30. September 1919. Mit höchlichem Interesse folgte die Versammlung Johann den längeren Ausführungen des Vorsitzenden über das letzte Rundschreiben der Zentralkommission. Die deutschen Schiffmeister werden in den nächsten Monaten betrefis ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen vorstehenschnellende Fragen gestellt. Der Gedanke, untre tariflichen Bedingungen auf zentralem Wege zu regeln,

bafe in der Kollegenschaft viel Sympathie und Zustimmung gefunden. Bei den mitunter eigenartigen technischen Verhältnissen in manchen Firmen sei es wohl keine leichte Aufgabe, einen Einheitsstarik zu schaffen. Manche Schwierigkeiten seien zu überbrücken, doch dürfe davor nicht zurückgeschreckt werden. Auch die in unterm Berufe so wichtige Frage, ob Lohn- oder Akkordarbeit, wurde vom Vorsitzenden nach beiden Seiten hin behandelt. Alles in allem habe die bevorstehende Konferenz ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten. Im Anschluß an diese Ausführungen erfolgte eine rege sachliche Aussprache, die sich im Sinne der Ausführungen des Vorsitzenden bewegte. Betrefis einheitslicher Gewährung von Ferien ging der Wunsch der Versammlung dahin, die Organisationsinstanzen aufzufordern, die Ferienfrage mit Nachdruck zu vertreten. Eine tarifliche Streikfreiheit, bei welcher keine Einigkeit zu erzielen war, soll an das Tarifschlichtsgericht verlesen werden. Mit der Verantwortung verschiedener Fragen, bundesrädtliche Bestimmungen betrefis, und verchiedenem andern wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**F-r. Nordhausen.** Unfre Versammlung am 10. Mai, die von 32 Kollegen besucht war, zeitigte eine recht interessante Aussprache der Mitglieder in bezug auf die augenblicklich in unserm Gewerbe herrschenden Verhältnisse, ebenso in wirtschaftlicher Beziehung. Der Kassenbericht für April wies einen Bestand von 194,90 Mk. auf. In dem Berichte des Kartellschlichters wurde u. a. die recht mäßige Beteiligung der Kollegen an der Malfeste bemängelt. Das Stiftungsfest soll, da es nicht mehr möglich war, einen Saal zu bekommen, in Verbindung mit dem Johannsfeste gefeiert werden. Zum Reliefschießwaller wurde Kollege Donnerberg gewählt. Unter „Verlebtenem“ wurde Johann noch über die Wahl von Betriebs- und Arbeiterräten, Steuerermäßigungen, über untre schlechte Entlohnung gegenüber andern Berufsgruppen gesprochen. Auch wurde die Verfeuerung der Teuerungszulage scharf gemißbilligt, zumal die den Beamten gewährten, zum Teil recht ansehnlichen Teuerungszulagen nicht verfeuert werden und wir Buchdrucker durch diese Maßnahme recht schwer betroffen werden. Zum Schlusse wurde noch eine Entlohnung zur Tarifauschüttung angenommen, die dem Gehilfenvertreter überhandt wurde. Ausgenommen wurden noch ein älterer Kollege sowie fünf Neuausgelernte. Unfre Mitgliederzahl ist somit auf 62 gestiegen, und es ist zu hoffen, daß auch die paar untre Sache noch fernstehenden Kollegen den Weg zu uns bald finden werden.

**Sderan.** Die Tätigkeit unfer kleinen Mitgliederzahl hat wieder in erfreulichem Maße angefaßt. In erster Linie ist dies eine Folge der gleichwertigen Arbeit unfer derzeitigen Vorsitzenden Emil Selbier, der vor nunmehr zehn Jahren zur Gründung der Mitgliederzahl beigetragen ist es auch vergrünnt, am 1. Juni auf eine fünfundzwanzigjährige Geschäftstätigkeit bei der Firma Richard Sadt (Fage- und Anstichdruckerei) zurückzuführen, wo er den Faktorposten bekleidet. Stets hat er es verstanden, im gegenseitigen Einvernehmen für das Wohl und Wehe der Gehilfenorganisation einzutreten. Als Vetter eines mehrere Jahre vor dem Krieg ins Leben gerufenen Fachkurus, verlor er bald nach seiner wie aller andern Selbier aus dem Felde, besonders auch der Beirlinge, das Verläumte wieder nachzuholen. Wenn auch der Jubilar in Folge der ersten Zeit entschieden ablehnte, sich zum Mittelpunkt einer Feler machen zu lassen, so soll untre Dank für seine bisher im Interesse unfer Organisation geleistete Mitarbeit ihm doch nicht vorenthalten bleiben.

**Prith.** Eine am 20. Mai einberufene Versammlung der hiesigen Gehilfenorganisation führte zur Gründung eines Ortsvereins. Dies ist um so mehr erfreulich, da es den Bemühungen unfer Organisation erst vor kurzer Zeit gelungen ist, in Prith festen Fuß zu lassen. Der junge Verein hat eine Mitgliederzahl von 13 Kollegen.

## □ □ □ Rundschau □ □ □

**Nachahmenswertes Beispiel.** Anlässlich des Todes ihrer Mutter, Frau Anna Richter, liehen die Inhaber der Firma J. M. Richter'sche Graphische Kunstankalt in Würzburg, die Herren Geh. Kommerzienräte August und Otto Richter, einen doppelten Wochenlohn an ihr gesamtes Arbeiterpersonal sowie ein halbes Monatsgehalt an alle Angestellten des Betriebes zur Auszahlung bringen. Ferner wurde auf Wunsch des Personals ein Stiftungskapital von 115000 Mk. (vom verstorbenen Geheimrat Carl Richter zugewendet) an das Gesamtpersonal verteilt, und zwar abgeteilt nach Beschäftigungsdauer und Jahreslohn. Es entfielen auf die einzelnen Beschäftigten Beträge von 3128 Mk. abwärts. Ferienzuschläge werden gewährt in Höhe von 10 bis 40 Mk. je nach der Tätigkeitsdauer der in Betracht kommenden.

**Ferien!** Da die Urlaubsgewährung durch den Schiedspruch des Reichsarbeitsamts nunmehr tarifgesetzlich geregelt ist, werden wir in Zukunft von Ferienbewilligungen nur noch im Ausnahmefalle Kenntnis geben.

**Gehilfenprüfungen.** In den diesjährigen Frühjahrsgehilfenprüfungen in Berlin hatten sich 94 Seher, 72 Drucker und 11 Stereotypisten bzw. Galvanoplastiker gemeldet. Die Prüfungsergebnisse bei den Sehern waren: 1 „Recht gut“, 11 „Gut“, 43 „Ziemlich gut“, 33 „Genügend“, 6 „Kaum genügend“. Die Drucker erhielten folgende Noten: 1 „Recht gut“, 11 „Gut“, 27 „Ziemlich gut“, 30 „Genügend“, 3 „Kaum genügend“. Bei den Stereotypisten bzw. Galvanoplastikern waren die Resultate: 1 „Gut“, 6 „Ziemlich gut“, 4 „Genügend“. Über die bisher nicht veröffentlichten Ergebnisse der im Herbst 1918 in Berlin abgehaltenen

Prüfungen wäre noch nachträglich zu berichten, daß geprüft wurden: 35 Setzer, 14 Drucker und 1 Stereotypsetzer bzw. Galvanoplastiker. Die Setzer bekamen die Noten: 8 „Gut“, 13 „Ziemlich gut“, 11 „Genügend“, 3 „Kaum genügend“, die Drucker: 2 „Gut“, 5 „Ziemlich gut“, 6 „Genügend“, 1 „Kaum genügend“; während der Stereotypsetzer und Galvanoplastiker die Zensur „Gut“ erhielt.

Schwere Verletzung eines Buchdruckers durch eine Sandgranate. Militärische Ausschreitungen erregten sich anlässlich einer Volksversammlung am 20. Mal d. J. in Bromberg. Nach der Rede einer unabhängigen Sozialistin erprobte im dichtgedrängten Saale plötzlich eine Sandgranate und verletzte mehrere Personen schwer, darunter den Setzerkollegen Karl Weib, dem selber ein Fuß amputiert werden mußte. Sollenlich wird der Schuldige durch die eingeleitete Untersuchung gefunden.

Ein „schlagfertiger“ Prinzipal, der zur tariflichen Ordnung gezwungen wurde. Aus Pöbneck i. Th. wird uns geschrieben: „Auf welchem moralischen Tiefstand der laßsam bekannte Vefizer der Inseratenplanlagen „Automark“, „Machinenmarkt“ usw., Herr C. W. Vogel in Pöbneck, sich befindet, konnte wieder einmal kürzlich beobachtet werden. Die Tatsache, daß ihm erneut in etwas ernstlicher Form die Anerkennung des Tarifs nahegelegt worden ist und auch die Buchdruckerhilfsarbeiter sich gegen ihn brachten, brachte den Jontk lo großsprecherischen Mann derart in Harnisch, daß er auf einem Kundgang durch den Betrieb jede Fassung verlor, einen Setzer aus geringfügiger Ursache ohrfeigte und ihn aus dem vierten Stockwerk auf das Pflaster zu werfen drohte. Wann endlich wird einmal mit diesem Heiden, der nur seine Feuerzuchtlastigkeit kennt und für Arbeiterorganisation und tarifliche Entlohnung nur Spott und Hohn übrig hat, Fraktur gesprochen werden?“ — Die einzig richtige Antwort, die auf diese gemeingefährliche Handlungsweise des genannten Prinzipals gegeben werden konnte, ist bereits erteilt worden durch eine Aktion, die zum großen Teil durch das von sämtlichen bei der Firma beschäftigten Arbeitern und Angestellten beherrschte Solidaritätsgeld von vollem Erfolge gekrönt war. Wie uns nämlich von ansehender Seite mitgeteilt wird, trat das gesamte Personal wegen dieser Mißhandlung eines Kollegen in den Urlaub. Eine Versammlung aller im Betriebe Tätigen stellte folgende Forderungen auf und beschloß, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis sie reiflos erfüllt wären: 1. Wiedereinstellung und öffentliche Zurücknahme der Beleidigung des betreffenden Kollegen. 2. Schriftliche Anerkennung der Tarife: a) des Deutschen Buchdrucker Tarifs, b) des Tarifs der Buchdruckerhilfsarbeiter, c) des Verbandes der Fabrikarbeiter und d) der kaufmännischen Angestellten. 3. Zahlung einer Buße an die Pöbneider Erwerbslosen in Höhe von 500 Mk. Diese Forderungen wurden nach langwierigen Verhandlungen reiflos bewilligt, außerdem wurde eine sofortige zehnprozentige Lohnerhöhung zugesprochen. So ist denn endlich durch diesen Zwischenfall, der an sich nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann, das von der Pöbneider Kollegenchaft lo lange erstrebte Ziel erreicht, und auch diese Firma, die sich bis jetzt mit Säuden und Füßen gegen die Einführung des Tarifs gewehrt hat, ist endlich eines Besseren belehrt worden.

Eine neue Vereinigung im graphischen Gewerbe. Im Herbst vorigen Jahres organisierten sich die Oberbeamten der Banken und der Technik, indem sie eine „Vereinigung von Angestellten für Handel und Industrie“ gründeten, die auf gewerkschaftliche Grundlage gestellt wurde. Innerhalb dieser Organisation vereinigten sich nunmehr die Oberbeamten des graphischen Gewerbes zu einer Betriebsgruppe „Graphisches Gewerbe“. Die Leiter der meisten großen Berliner Druck- und Verlagsbureaus, namentlich der Tageszeitungen, sind dieser Betriebsgruppe bereits beigetreten; die Gruppe ist bestrebt, sich über Deutschland auszudehnen. Zum Vorstehen wurde der Verlagsdirektor Erik Voeg vom Hause Wolffson & Co. in Berlin gewählt.

Eine französisch-deutsche Zeitung in Mainz. Seit dem 10. Mai erscheint in Mainz eine wöchentliche illustrierte

Zeitung in französischer und deutscher Sprache unter dem Titel: „Le Rhin Illustré“ (Der Rhein im Bild). Der Gedanke an sich wäre zu begrüßen, da die Verbreitung einer derartigen Zeitung zweifellos belehrend und bildend wirkt. Unwillkürlich gewinnt man jedoch den Eindruck, als ob hier französische Politik getrieben werden soll.

Aber die Preisverhältnisse im besetzten Gebiete. Die „Frankfurter Zeitung“ brachte vor einigen Tagen recht bemerkenswerte Ausführungen über die Schwierigkeiten, mit denen die rheinischen Zeitungen im besetzten Gebiete zu rechnen gezwungen sind. Zogelang konnte die Kölner Presse überhaupt kein Wort der Meinungsäußerung über die am 7. Mai überreichten Friedensbedingungen bringen; erst am 12. Mai erschien in der „Kölnischen Volkszeitung“ ein kleiner Artikel über die Frage „Was tun?“ Aber beantwortet wurde diese Zeitung die Frage nicht, sondern lediglich das Volk zur Einigkeit ermahnen. Eine solche Anbeugung der öffentlichen Meinung gereicht den Siegern wahrlich nicht zur Ehre, und man kann wohl sagen, daß es schlecht bestellt sein muß um eine Sache, die das freie Wort in dieser Weise ausschaltet. „Das Volk im Rheinland“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „erfährt seit Ende November nur noch die Hälfte dessen, was in Deutschland und in der Welt vorgeht. Kundgebungen der Reichsregierung und des Reichspräsidenten müssen ihm verschwiegen, nicht einmal der Waffenstillstandsvertrag durfte vollständig mitgeteilt werden.“ Eine Reihe deutscher Zeitungen ist überhaupt verboten worden; die verfallener Rede Brochdorff-Raubaus durfte nicht veröffentlicht, von der britischen Behörde angeererbte englische Auszüge konnten dem Publikum unterbreitet werden. Aus diesen Gründen hat die Deutsche Waffenstillstandskommission am 16. Mai in Spaa einen scharfen Protest gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet überreicht. Sollenlich gelangt es, durch Verhandlungen in Versailles auch in den in Frage stehenden Gebieten der Pressefreiheit Eingang zu verschaffen.

Tarifvertrag im Münchner Zeitungsgewerbe. Verhandlungen, die auf Veranlassung des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände unter Mitwirkung der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände mit den Münchner Zeitungsbetrieben zustande kamen, haben zu einem Tarifvertrage geführt, der bis zum 31. Dezember 1919 Gültigkeit hat. Nach diesem Vertrage sollen Angestelltenauschüsse überall dort gebildet werden, wo zehn Angestellte beschäftigt sind. In Betrieben, die weniger Angestellte beschäftigen, ist ein Vertrauensmann zu wählen, dem die gleichen Befugnisse zuzehen. Die Arbeitszeit ist auf 44 Stunden festgelegt worden. Im Ferien werden gewährt: 1 Woche bis zu einjähriger Dienstzeit, 2 Wochen von zweifeln bis vierten Dienstjahre, 3 Wochen von fünften bis zehnten Dienstjahr und 4 Wochen bei über zehn Dienstjahren. Die Bezahlung erfolgt nach Leistung; es sind jedoch Mindestgehälter, rückwirkend ab 1. Januar 1919, festgelegt worden, die sich je nach dem Alter und der Beschäftigung der Angestellten zwischen 200 und 425 Mk. pro Monat bewegen. Verheiratete Angestellte erhalten hierzu einen Zuschlag in Höhe von 25 Mk. Weibliche Angestellte bekommen 10–20 Proz. weniger als männliche, bei gleicher Leistung und Tätigkeit jedoch die gleiche Bezahlung wie männliche. Auch die Entschädigung der Beurlaubten ist tariflich geregelt worden; es werden bezahlt 40 Mk. im ersten, 60 Mk. im zweiten und 90 Mk. im dritten Lebjahre. Eine sofort auszuhaltbare Anschaffungsbeihilfe für Ledige von 150 bis 300 Mk. und für Verheiratete von 300 bis 500 Mk. wurde ebenfalls beschlossen. Schließlich wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die Arbeitgeber nur solche Angestellte engagieren, die einer der vertragsschließenden Organisationen angehören.

Arbeitersekretär gesucht. Vom Arbeitersekretariat Wiesbaden wird ein tüchtiger Sekretär mit rechnerischer Fähigkeit benötigt. Bewerbungen mit Gehaltsforderung sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit der Bewerber nebst kurzem Auslauf über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs unter der Aufschrift „Arbeitersekretär“ bis zum 5. Juni an Heinrich Pfeiffer in Wiesbaden, Wellstr. 49 („Gewerkschaftsbüro“), einzureichen.

Bevorstehende Einziehung von 50-Mark-Scheinen. Die Reichsbanknoten zu 50 Mk. mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 sollen demnächst eingezogen werden. Es handelt sich um die Scheine, deren Wert in braun-schwarzer Farbe in eine fast quadratische Umrahmung gedruckt ist.

Gestorben  
In Hagsburg am 24. April der Setzer Adolph Pegg aus Kautbeuren, 55 Jahre alt — Lungenerkrankung; am 17. Mai der Drucker Peter P. J. 20 Jahre alt.  
In Warmen am 1. Mai der Schmiedemeister Emil Ostermann, 45 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Wachsen am 7. Mai der Buchdrucker Paul Heine I.  
In Bielefeld am 7. Mai der Drucker Emil Doppelde aus Gadderbaum, 35 Jahre alt.  
In Chemnitz am 8. Mai der Drucker Theodor Thiele, 63 Jahre alt.  
In Elberfeld der Buchdruckermeister J. S. H. Doe.  
In Freiburg i. Br. der Buchdruckermeister Ludwig Höfner; der Drucker Joseph Merh.  
In Elmwig am 12. Mai der Setzer Gustav Tietz aus Kofel, 44 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Halberstadt der Buchdruckermeister Christian Moller.  
In Hildesheim a. M. der Buchdruckermeister Heinrich Wegner, 60 Jahre alt.  
In Jany am 4. Mai der Setzer Eduard Traut von dort, 35 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Karlsruhe der Buchdruckermeister Ferdinand Hiergarten.  
In Konstanz der Setzermeister Julius Fuhs aus Karlsruhe, 50 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Leipzig der Buchdruckermeister Abraham Sigall, 44 Jahre alt; am 24. April der Setzer Gustav Jüngel aus Berlin, 32 Jahre alt — Lungenerkrankung.  
In Neustadt a. d. O. der Buchdruckermeister Erich Wagner.  
In Oldenburg a. M. am 27. März der Setzer Emil Baal aus Berlin, 54 Jahre alt; am 5. April der Stempelschneider Felix Lorenz aus Leipzig, 47 Jahre alt.  
In Schöningen der Buchdruckermeister Wilhelm Scheppele-mann.  
In Stuttgart am 16. Mai der Setzer Gottlieb Grill von dort, 58 Jahre alt — Blutergußung.  
In Wismar am 10. Mai der Setzer Anton Böhme aus Fochheim, 35 Jahre alt.  
In Zeulenroda am 14. Mai der Maschinensetzer Kurt Albrecht, 23 Jahre alt.

Briefkasten  
A. M. in Z. 1: Übermüde Nummer. — G. S. in Z. 2: Dieses Thema kann wirklich noch juristisch gestellt werden; wir sind noch beglückt mit einem reichen Lagerbestande, sogar frühere Jahrgänge sind darunter vertreten. — B. S. in Z. 3: Ihr Johannisfestpoem ist angenommen. — P. D. in Borna: 4,45 Mk.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 511.  
Fernsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen  
Glogau. (Beitrag.) Vorsitzender: A. Haußchild, Königsstr. 44 II

Zur Aufnahme gemeldet  
(Einnahmen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Bau des Preussischen der Setzer Rudolf Melke, geb. in Stolp i. Pom. 1894, ausgeh. d. J. 1912; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig-Schidlo, Karlsruher Straße 85 II.

Verammlungskalender  
Salle a. d. S. Bezirksversammlung Montag, den 9. Juni (zweiter Pfingsttag), vormittags 10 Uhr, in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus“ in Halle a. S., Karlstraße 14.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:  
Artikel: Rückblick auf die Verhandlungen des Tarifausschusses, III bis V.  
Aus dem Genossenschaftsleben: Anziehungskraft und Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung während der Kriegszeit. — Die Entwicklung der russischen Genossenschaftsbewegung. — Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland und Konsumvereine.  
Korrespondenzen: Bremen. — Darmstadt. — Erfurt (M.-S.). — Leipzig (M.-M.). — Leipzig (S.). — Nordhausen. — Oberan. — Pöb. —  
Ausschau: Nachahmenswertes Beispiel. — Ferien! — Gehlensprüngen. — Schwere Verletzung eines Buchdruckers durch eine Sandgranate. — Ein „schlagfertiger“ Prinzipal, der zur tariflichen Ordnung gezwungen wurde. — Eine neue Vereinigung im graphischen Gewerbe. — Eine französisch-deutsche Zeitung in Mainz. — Tarifvertrag im Münchner Zeitungsgewerbe. — Arbeitersekretär gesucht. — Bevorstehende Einziehung von 50-Mark-Scheinen.

„Scheithauers Stenographie ist sehr rasch erlernbar, man braucht sich beinahe nur das stenogr. Alphabet einzuprägen und kann dann flucht draufflosschreiben. Unterscheidungen zwischen denken u. dämmen zeigen werden nicht gemacht. Das System ist von der Schriftlichkeit unabhängig. Siegel existieren nicht!“  
O. („Frank. Journal“). — „Die Leistungsfähigkeit der Scheithauerschen Stenographie ist durch viele Praktiker erwiesen.“ („Straßburger Post“). — Selbstlernmittel 1,80 Mk. Scheithauers Verlag, Leipzig, Postcheck 52072. — „Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit! Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer...“ („Zeit.-Christ des Stenographenverbandes Stolz-Schrey“). — Flugblatt „Die Stenographie Stolz-Schrey — ein Wort des Stumpfsinns!“ postfrei 15 Pf. 1654

Schriftgiebereifaktor  
In allen einschlägigen Fächern auf bewandert, wird zum baldigen Antritt unter günstigen Bedingungen angenommen. Jemmer der böhmischen Sprache erhalten den Vorzug. Offerten erbeten an 1832 Schriftgieberei A. G., Prag.

Junger, tüchtiger  
Schriftsetzer  
In allen Scharten bewandert, sucht sofort Stellung. Off. Offerten unter B. G. 855 an die Geschäftsstelle d. Zl.

Schriftgiebereifaktor  
In allen Fächern firm, allererster Kraft, wünscht sich zu verändern. Gebt auch ins Ausland. Prima Zeugnisse. Offerten unter Nr. 855 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wie soll ich zurichten?  
Ein Reissaden, 2. Aufbau der Zurichtung in allen Endarbeiten auf Schnellpresse u. Siegel, 112 S., 22 Abb., 20 Taf., a. Künftbrudr., geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner  
Der Buchdrucker am „A-B-Z“

Ein Metzger, J. Einleitung des Anwerbsloz-Bogenwährers auf alle Papierarten; 93 S., 112 Abb., 55 Abb., geb. 1,55 Mk., postfrei geg. Voreinsend. od. Nachn. v. Veri. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20.

Kaufmännische Organisation  
der Buchdrucker (Zuschreibung, Preisberechnung). Geeignete Fachlehrbücher im Graph. Verlag A. Siegel, Münchener, Stolmsdorfstraße 1. — Katalog 25 Pf.

Kollegen Quedlinburgs!  
Neu eröffnet Markt Weg 1a  
Restaurant und Café  
„Zum Gutenbergs“  
Zimmer mit Piano und kleiner Saal zu Vermählungen und Festlichkeiten zur Verfügung. Ergebenst Fritz Dache.

Zeilenmaß mit sechs Einteilung, 50 Pf.  
E. Fritz, Mainz, Mainstr. 30

Teilzahlung  
Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmucksachen, Bücher.  
Kataloge umsonst u. portofrei Hofener  
Jonass & Co., Berlin A. 407  
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Nach kurzem Krankenlager verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied  
1852  
Emil Niesel  
im 50. Lebensjahre.  
Derselbe war Mitbegründer und langjähriger Vertrauensmann unseres Ortsvereins. Durch sein großes, echt holländisches Wesen hat derselbe sich die Verehrung aller Kollegen erworben. Er war einer unserer Besten. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenden bewahren  
Ortsverein Borna (Beitrag Leipzig).

Am 26. Mai verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmester  
Sermann Schneider  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Das Personal der Buchdruckerei Wegger & Willsig, Leipzig.